



Der Kinderschutzbund LV SH e. V. * Sophienblatt 85 * 24114 Kiel
Schleswig-Holsteinischer Landtag
Bildungsausschuss
Herrn Martin Habersaat
Vorsitzender
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

per E-Mail:

bildungsausschuss@landtag.ltsh.de

Der Kinderschutzbund

**Landesverband
Schleswig-Holstein e. V.**

Sophienblatt 85
24114 Kiel
Telefon: 0431 666679-0
Fax: 0431 666679-16

info@kinderschutzbund-sh.de
www.kinderschutzbund-sh.de

Kiel, 02. Juni 2025

Stellungnahme des DKSB LV SH zu

Für eine Schulkultur gegen Rechtsextremismus – Handlungsempfehlungen für Schulen

Antrag der Fraktion der SPD

Drucksache 20/3059

Für eine Schulkultur gegen jeglichen Extremismus – Handlungsempfehlungen für Schulen

Alternativantrag der Fraktion der FDP

Drucksache 20/3096

**Antidemokratische, menschenfeindliche, rechtsextreme und andere extremistische Hal-
tungen an Schulen nicht akzeptieren – Schulen unterstützen**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 20/3099

Sehr geehrter Herr Habersaat,
sehr geehrte Damen und Herren,

der Kinderschutzbund Landesverband Schleswig-Holstein bedankt sich für die Möglichkeit, zu den oben genannten Drucksachen Stellung nehmen zu können.

KINDERSCHUTZ UND DEMOKRATISCHE SCHULE GEHÖREN ZUSAMMEN

Fachlich fundierter und zivilgesellschaftlich verankerter Kinderschutz ist mit rechtsextremistischen Ideologien und anderer gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit nicht vereinbar. Eine kinderfreundliche Gegenwart und Zukunft sind nur in einer offenen, vielfältigen und demokratischen Gesellschaft möglich, die Hass und Diskriminierung entschieden entgegentritt.

Vor diesem Hintergrund begrüßt der Kinderschutzbund ausdrücklich Maßnahmen, die Schulen dabei unterstützen, die in § 4 Abs. 5 SchulG benannten Bildungs- und Erziehungsziele zu verwirklichen.

BANKVERBINDUNG

Förde Sparkasse
IBAN: DE76 2105 0170 0092 0360 78 BIC: NOLADE21KIE
Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 74ZZZ00001003266

Finanzamt Kiel
St.-Nr. 20/290/81754

Mitglied im Dachverband
DER PARITÄTISCHE

RECHTSEXTREMISMUS IST GRÖßTE BEDROHUNG

In der praktischen Arbeit des Kinderschutzbundes zeigt sich, dass das Erstarken rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Stimmen viele Kinder und Jugendliche verunsichert und ängstigt. Junge Menschen berichten von existenziellen Sorgen, die durch rechtsextreme Hetze und Gewalt geschürt werden.

Es ist essenziell, dass sich Maßnahmen gegen Extremismus nicht auf eine vermeintliche Neutralität zurückziehen, die alle Formen von Extremismus gleichsetzt. Die Gefahr von rechts darf nicht relativiert – Rechtsextreme Haltungen dürfen nie normalisiert werden.

Der Kinderschutzbund unterstützt gleichwohl die Entwicklung eines Handlungsleitfadens, der alle Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit adressiert. Ein solcher Leitfaden muss jedoch die besondere Bedrohung durch Rechtsextremismus klar benennen und spezifisch über rechte Strategien, Codes, Argumentationsmuster, etc. aufklären.

HANDLUNGSLEITFÄDEN & SCHULKULTUR

Ein Handlungsleitfaden kann Schulen im Umgang mit extremistischen Vorfällen Orientierung geben. Angesichts der aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen ist es jedoch unerlässlich, über bloße Handlungsempfehlungen hinauszugehen und insgesamt eine Schulkultur zu fördern, die extremistischen Ideologien entschieden entgegentritt

Es müssen übergeordnete Bemühungen unternommen werden, um eine Schulkultur zu fördern, in der Hass und Hetze keinen Raum haben. Dies erfordert ein entschlossenes Eintreten gegen diskriminierende und extremistische Äußerungen sowie die Schaffung eines Umfelds, in dem alle Mitglieder der Schulgemeinschaft sich sicher und respektiert fühlen.

In diesem Zusammenhang wiederholt der Kinderschutzbund seine Forderung, dass wirksame Schutzkonzepte zum Schutz vor Gewalt – seit 2021 im Schulgesetz als Interventions- und Präventionskonzepte verankert – an allen Schulen schnell und verbindlich umgesetzt werden müssen. Diese sollen Schulen zu sicheren Orten machen, indem sie im Schwerpunkt den Schutz vor Gewalt und die Sicherung des Kinderschutzes gewährleisten, aber auch aktuelle Herausforderungen wie Medienkompetenz und Extremismusprävention adressieren. So wird ein umfassender Rahmen geschaffen, der die gesamte Schulgemeinschaft stärkt und schützt.

Handlungsempfehlungen für Schulen sind nur ein Fragment im gesamtgesellschaftlichen Kontext.

KINDERRECHTE: FUNDAMENT DEMOKRATISCHER SCHULKULTUR

Die Umsetzung der Kinderrechte in der Schule ist nicht nur eine pädagogische Aufgabe, sondern auch ein wirksamer Schutz vor Extremismus. Kinderrechte tragen dazu bei, dass Schüler*innen eine offene, vielfältige und demokratische Kultur erleben, in der sie sich gegenseitig respektieren und wertschätzen, ihre Meinungen äußern und mitbestimmen können, und in der sie lernen, sich für ihre eigenen und die Rechte anderer einzusetzen.

Eine solche Kultur wirkt präventiv gegen Extremismus, indem sie Vorurteile abbaut, Empathie fördert und Solidarität stärkt. Schulen, die Kinderrechte umfassend umsetzen, lassen Extremismus keinen Raum und begleiten junge Menschen auf dem Weg zu weltoffenen und demokratiefähigen Persönlichkeiten.

Untrennbar damit verbunden ist die gelebte Partizipation: Eine demokratische Schule, in der Kinder und Jugendliche erfahren, dass ihre Stimme zählt und sie ihr Umfeld aktiv mitgestalten können, ist der beste Schutz vor extremistischen Tendenzen. Partizipation fördert das Heranwachsen zu selbstbestimmten und politisch interessierten Akteur*innen unserer Gesellschaft. Sie stärkt die Resilienz junger Menschen gegenüber extremistischen Ideologien und schafft eine tragfähige Basis für langfristig demokratisches Handeln.

Ein Beispiel für die Umsetzung von Kinderrechten in Schulen ist das Angebot „Zeit für Kinderrechte“, das der Kinderschutzbund seit 2018 an Grundschulen durchführt und das seit 2020 durch das Bildungsministerium gefördert wird. Kinder lernen in diesem Angebot an zwei Schultagen ihre Rechte kennen und setzen sich gleichzeitig mit den Grundprinzipien unserer Demokratie auseinander. Aus der praktischen Erfahrung des Kinderschutzbundes zeigt sich, dass viele und immer mehr Grundschulen großes Interesse an der Durchführung des Angebotes haben und sich aktiv auf den Weg machen wollen, Kinderrechte im Schulalltag zu verankern. Mit der aktuellen Förderung kann der Bedarf leider nicht gedeckt werden.

UMGANG MIT LEHRKRÄFTEN, DIE EXTREMISTISCHE POSITIONEN VERTRETEN

Die Frage, wie mit Lehrkräften umzugehen ist, die extremistische Positionen vertreten, hat durch die Einstufung des AfD-Bundesverbandes als gesichert rechtsextremistisch neue Dringlichkeit erhalten.

Die Mitgliedschaft in einer Partei, die vom Verfassungsschutz als rechtsextremistisch eingestuft wurde, wirft erhebliche Fragen auf: Wie kann sichergestellt werden, dass Lehrkräfte mit solchen politischen Verbindungen ihre Position nicht nutzen, um verfassungsfeindliche Ideologien zu verbreiten? Welche dienstrechtlichen Konsequenzen sind möglich, wenn Lehrkräfte durch ihre Zugehörigkeit oder ihr Verhalten Zweifel an ihrer Verfassungstreue aufkommen lassen?

Der Kinderschutzbund fordert, verbindliche Richtlinien zu entwickeln, die den Umgang mit Lehrkräften regeln, die extremistische Positionen vertreten – insbesondere im Hinblick auf die kürzliche Einstufung der AfD als rechtsextremistisch – um sicherzustellen, dass an Schulen eine klare Haltung gegen Extremismus eingenommen wird.

Mit freundlichen Grüßen

Sophia Schiebe
Landesvorsitzende

Marion Marx
Stellv. Landesvorsitzende